



## Zypern: Attac fordert europaweite Vermögensabgabe und ?steuer

Zypern: Attac fordert europaweite Vermögensabgabe und -steuer  
Sonderabgabe verschont Reiche / Steueroasen konsequent bekämpfen  
Auch nach der Entscheidung, Spareinlagen bis 100.000 Euro von der geplanten Abgabe auszunehmen, hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac scharfe Kritik am so genannten Hilfspaket für Zypern geübt. "Es ist nicht hinnehmbar, dass Aktionäre, Eigentümer und Anleihebesitzer der Banken nicht beteiligt werden, selbst wenn ihr Beitrag nicht ausreichen sollte", sagte Roland Süß vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis.  
Zudem sei offenzulegen, ob es nicht kostengünstiger und effektiver wäre, etliche Banken abzuwickeln.  
Die Absicht, Steuerflüchtlinge mit der Abgabe zu belasten, werde kaum erreicht. Diese hätten ihr Geld nämlich nicht auf Sparbüchern angelegt, sondern in Unternehmensbeteiligungen, Aktien, Anleihen oder intransparenten Eigentümerstrukturen ohne Registrierungspflicht (wie Trusts oder Briefkastenfirmen). "Grundsätzlich wäre es richtig, den Teufelskreis von Bankenschulden, die zu Staatsschulden werden, mit einem Beitrag der Vermögenden zu durchbrechen. Wer behauptet, dass die Rettung der zypriotischen Banken im europäischen Interesse liegt, muss daher endlich europaweit den Reichtum umverteilen", sagte Roland Süß. Attac hat ein Konzept für eine europaweit koordinierte, einmalige Vermögensabgabe vorgelegt und macht sich darüber hinaus für eine Vermögenssteuer sowie die konsequente Bekämpfung von Steuerflucht stark.  
Zudem kritisierte Attac die Intransparenz der Verhandlungen hinter verschlossenen Türen. Berichten zufolge haben insbesondere drei Deutsche - Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sowie EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen - die zypriotische Regierung dazu erpresst, die Kleinsparer zur Kasse zu bitten. "Merkel, Schäuble und Asmussen haben das Vertrauen in die Europäische Währungsunion unwiederbringlich zerstört und das Risiko massiver Kapitalflucht aus den südeuropäischen Ländern in Kauf genommen. Das ist politischer und ökonomischer Dilettantismus auf höchster Ebene", stellte Roland Süß fest.  
Attac forderte zudem ein konsequentes Vorgehen gegen Steueroasen in Europa, zu denen neben anderen auch Zypern gehört. Die EU habe jahrelang untätig geduldet, dass Steuerflüchtlinge in Zypern ebenso willkommen sind wie grenzüberschreitend tätige Holdinggesellschaften. Roland Süß:  
"Das muss sich ändern. Zypern muss vorübergehend Kapitalverkehrskontrollen einführen, um die Möglichkeit, unbesteuerter Gewinne aus der EU in andere Steueroasen zu schleusen, zu unterbinden.  
Bevor aus Zypern Geld abgezogen werden kann, müssen die Eigentumsverhältnisse der in Zypern veranlagten Gelder offengelegt und an die Heimfinanzämter gemeldet werden, damit diese ordnungsgemäß nachversteuert werden."  
Weitere Informationen:  
<http://www.attac.de/aktuell/umverteilen/unser-konzept/>  
Für Rückfragen: Roland Süß, Attac-Koordinierungskreis, Tel. 0175 272 58 93

### Pressekontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

frau.e.distelrath@attac.de, Fax: 069/900 281-99

### Firmenkontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

frau.e.distelrath@attac.de, Fax: 069/900 281-99

Attac - die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen wurde 1998 in Frankreich gegründet. Lag der ursprüngliche Fokus von Attac in dem Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Einführung der Tobin-Steuer, so haben wir uns mittlerweile der gesamten Problematik neoliberaler Globalisierung angenommen. Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 160 Attac-Gruppen vor Ort aktiv. Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdiskussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und Alternativen zum neoliberalen Dogma aufgezeigt. Mit Aktionen soll der notwendige Druck auf Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der Alternativen erzeugt werden.